

## Deutschland.

**Berlin, 29. November.** Se. Maj. der König nahm gestern Vormittags die Vorträge des Civil- und Militär-Kabinetts, Geheimrath v. Mähler und General-Major v. Treseckow, des Geh. Hofraths Bock entgegen und hatte alsdann eine Konferenz mit dem Minister des Innern Grafen Eulenb. Empfangen wurden der Generalarzt Dr. v. Langenbeck, der General-Direktor der Königl. Museen Dr. v. Diers, der Gouverneur der Kronprinzlichen Kinder, Hauptmann v. Schroetter, der Votschaftsrath in Paris Graf Solms-Sonnenwalde, welcher Abends auf seinen Posten zurückgekehrt ist. Später stattete Se. Königl. Hof. der Kronprinz einen Besuch ab. Um 1/6 Uhr Abends erfolgte die Abreise nach Dessau mittelst Extrazuges. In der Begleitung Sr. Maj. befanden sich der Kronprinz, die Prinzen Karl, Friedrich Karl, Albrecht, Vater und Sohn, der Prinz August v. Württemberg, der Herzog Wilhelm von Mecklenburg Schwerin u., sowie die Flügeladjutanten Oberst von Stiehl und Major Graf Lehndorff, der Leibarzt Dr. v. Lauer, der Geheimne Hofrath Bock u. Am Freitag Abend werden der König und der Kronprinz vom Herzoglichen Hofe zu Dessau nach Berlin zurückkehren.

— Se. Königl. Hof. der Prinz Albrecht ist von der Villa Albrechtsberg bei Dresden hier wieder eingetroffen.

— Se. Durchl. der Erbprinz von Preußen begab sich gestern zum Diner nach dem Neuen Palais zu Potsdam.

— Der Prinz von Wales trifft, wie wir erfahren, auf der Rückreise von Petersburg am Sonnabend früh hier ein und wird während seines Aufenthaltes am Königl. Hofe im Kronprinzlichen Palais Wohnung nehmen. Das Gefolge steigt im Königl. Schloss ab.

— Die Nachricht der „Kreuzzeitung“, daß in Frankfurt a. M. das preussische Strafrecht eingeführt werden solle, beruht nach offiziellen Korrespondenzen auf Irrthum. Die in Aussicht genommene Veränderung ist keineswegs so weit greifend und vor der Hand ist bloß von einer Ergänzung des Frankfurter Strafrechts in Bezug auf Vergehen, die bei einer republikanischen Verfassung gar nicht in den Bereich des Strafbareren fallen können, z. B. Majestätsbeleidigung, die Rede.

— Der Finanzminister v. d. Heydt ist, wie verlautet, von einem Unwohlsein befallen worden und befindet sich in der Behandlung des Generalarztes Dr. v. Langenbeck.

— Dem Vernehmen nach soll die Königlich preussische Dampfkorvette „Herttha“, die in Stralsund liegt, zum 15. Dezember in Dienst gestellt werden und demnächst nach Mexiko gehen, zum Schutze der dort lebenden Deutschen.

— Ein wohlhabender Gutsbesitzer, ehemals Offizier des 1. Garde-Regiments zu Fuß, hatte beim Beginn des letzten Krieges demjenigen Soldaten des gedachten Truppentheils eine lebenslange monatliche Rente von drei Thalern ausgesetzt, welcher die erste Fahne aus feindlichem Feuer eroberte. Diese Rente ist nunmehr dem Füsiliere Bocknia zuerkannt, welcher außerdem einen Ehrensold von drei Thalern bezieht, als Mitter des ihm für obige, bei Königsgrätz ausgeführte Heldenthat verliehenen goldenen Militär-Verdienstkreuzes.

— Am 1. Dezember werden die Handwerker-Abtheilungen der Armees, die sich bis dahin noch in mobiler Zustande befanden, aufgelöst und auf den Friedens-Etat gebracht.

— Dem Vernehmen nach besteht sich die Anwesenheit des Herrn von Madat auf die Regelung der gegenseitigen Kompetenz der preussischen Verwaltung und der städtischen Behörde von Frankfurt in Bezug auf politische Angelegenheiten. Die Zeitungsnachricht, daß die Einführung des preussischen Strafrechts in Frankfurt im Werke sei, dürfte wohl auf einem Mißverständnis beruhen. Es handelt sich möglicherweise um die Ergänzung der Stadt Frankfurt in denjenigen Punkten zu ergänzen, wo das selbe, da es auf eine ganz andere Verfassung berechnet war, den preussischen Staatsverhältnissen gegenüber die entsprechenden Bestimmungen nicht enthalten kann.

— Von den 41 Reserve-Lazarethen, welche während der Mobilmachung im Bereiche des 3. Armeekorps unter dem Generalarzt Dr. Berger als ärztlichem Chef bestanden, sind augenblicklich nur noch belegt: die Reserve-Lazareth zu Jüterbogk, Frankfurt, Brandenburg, Fürstenwalde, Kottbus, Guben, Krossen und Rathenow. Nach dem neuesten Rapport befinden sich in denselben und in der von ihnen beaufsichtigten Privatpflege an Verwundeten und Kranken 386, darunter 3 von der feindlichen Armee.

— Die „N. A. Z.“ schreibt offiziell: Die Einberufung des norddeutschen Parlaments zum 1. Februar l. J. hat deshalb auf einen so nahen Termin von der Königl. Regierung gelegt werden müssen, weil zu Anfang des Herbstes künftigen Jahres der preussische Landtag wieder zusammentreten muß, da am 1. Oktober die Vereinigung der neu erworbenen Provinzen mit dem preussischen Staatskörper durch den Zusammentritt einer gemeinsamen Landesvertretung ihren staatsrechtlichen Ausdruck zu finden hat. Damit dieser Staatsakt ohne Hemmung erfolgen kann, muß das norddeutsche Parlament seine Arbeiten, welche wegen der Verathung des Verfassungsentwurfs, der Geschäftsordnung und anderer Angelegenheiten umfangreicher Art sind, beschleunigen. Ein näherer Termin als der 1. Februar l. J. würde noch erwünschter gewesen sein; derselbe konnte aber wegen des erst am 21. v. M. erfolgten Vertrages zwischen Preußen und Sachsen, dessen Ratifikation am 25. v. M. stattfand, wegen der Vorbereitungen für die Wahlen, besonders wegen der Feststellung der Wahlkreise und Aufstellung der Wählerlisten, die nach §. 10 des Wahlgesetzes vier Wochen vor dem Wahltag zur Kenntnissnahme öffentlich ausgelegt sein müssen, nicht früher anberaumt werden. Es wird schon

jezt die angestrengteste Thätigkeit der bei den Vorberathungen für den Zusammentritt des Parlaments betheiligten Regierungen erfordern, damit am 1. Februar die Eröffnung dieser Versammlung norddeutscher Abgeordneter stattfinden kann. Es ist uns angenehm, mittheilen zu können, daß seit dem 21. d. M. bereits von mehreren Bundesgenossen Erklärungen vorliegen, daß die Parlamentswahlen bis zum 1. Februar l. J. erfolgt sein werden.

Abgeordneterhaus. (Schluß der Sitzung aus dem heutigen Morgenblatt.) Abg. v. Webell: Nicht bloß für die Subaltern, sondern auch für die mittleren Beamten ist ein solcher Nothstand vorhanden, darum haben wir (Cassell, v. Webell und ein Theil der Konservativen) den Antrag gestellt, dem Etat pro 1868 einen Normal-Besoldungssatz beizufügen. Jeder Beamte hat das berechtigste Interesse, zu wissen, wie hoch er bei treuer Pflichterfüllung im Gehalte steigen kann. Die Ausführungen des Regierungs-Kommissars haben mich zwar nicht von der Nützlichkeit meines Antrages überzeugen können, nichtsdestoweniger sehe ich mich aber doch veranlaßt, aus Zweckmäßigkeitsgründen für dies Jahr meinen Antrag zurückzuziehen, behalte mir jedoch vor, den Antrag für das nächste Jahr noch einmal zu stellen. — Abg. Westph. (Schwer verständlich.) Eine Verbesserung der Lage der Subalternbeamten ist fast ebenso notwendig wie die der Unterbeamten, denn ihre Lage ist eine sehr traurige. Ich erinnere an das geringe Gehalt der Post-Subalternbeamten und die Ansprüche, welche an dieselben und ihre Verantwortlichkeit gemacht werden. Gleich ist auch das Verhältnis bei den Gerichtsbehörden, dort ist das Besoldungsverhältnis bei den mittleren Beamten ein ebenfalls nicht zureichendes. Wir können allerdings die Regierung nicht zwingen, eine Ausgabe zu machen, welche sie nicht machen will. Eine Erhöhung der Ministergehälter, der Gehälter der Oberpräsidenten, Ministerialdirektoren halte ich für notwendig, wir können auch nicht verlangen, daß die mittleren Beamten schon in diesem Jahre im Gehalt erhöht werden, es ist genügend, wenn Aussicht vorhanden ist, daß dies im nächsten Jahre geschieht. Wogegen ich aber Widerspruch erheben muß, das ist die Erhöhung des Gehaltes der Regierungs-Vizepräsidenten. Das Gehalt derselben ist schon jetzt so hoch, daß es dem Range, den sie einnehmen, vollkommen entspricht. — Handelsminister Graf Heynrich: Die Pambriefträger sind keine Beamten im Sinne des Gesetzes, sie sind auf Kabinigung angestellt und mit ihrer gegenwärtigen Lage sehr zufrieden.

Minister des Innern Graf v. Eulenb.: An einer Stelle muß doch angefangen werden, wenn man die Beamtengehälter erhöhen will. Man darf nicht à tous prix alle Gehälter erhöhen wollen, wenn man nicht sofort die erforderlichen Mittel disponibel hat, sondern man muß sich nach den vorhandenen Mitteln richten und dort erhöhen, wo es eben unbedingt notwendig ist, und das haben wir eben gethan und haben uns eine weitere Erhöhung der Beamtengehälter für's nächste Jahr vorbehalten. Ich bedaure, daß der Herr Finanzminister, der gestern nach der Sitzung von einem heftigen Krampfleiden befallen wurde, nicht anwesend ist, um dies noch des Weiteren auszuführen. Der Minister verteidigt die Erhöhung der Ministergehälter und derjenigen der Ministerial-Direktoren durch die Nothwendigkeit. Die Ober-Präsidenten sind meiner Ansicht nach die allergeringsten besoldeten Beamten des ganzen preussischen Staates, denn die 6000 A Gehalt entsprechen nicht den Ansprüchen, welche an den Ober-Präsidenten nach allen Seiten hin gestellt werden, und die Zulage, die gebührt ist, dürfte dadurch gerechtfertigt sein. Die Regierungs-Vizepräsidenten sind die Stellvertreter der Ober-Präsidenten und müssen neuerdings dieselben an vielen Orten vertreten, so daß also dadurch die geforderte Gehaltserhöhung sich ebenfalls rechtfertigen dürfte. Was die Verminderung des Beamtenpersonals anbelangt, welche man fordert, so werden wir das bei der Einverleibung der neuen Provinzen versuchen, aber das muß ich hervorheben, daß die Hoffnung, die Dezentralisation werde zur Verminderung des Beamtenpersonals beitragen, meist übertrieben ist. — Abg. Cassell verweist zunächst auf die Thätigkeit und Gewissenhaftigkeit der Beamten und geht sodann auf die Nothwendigkeit der Verbesserung der Gehälter der Landräthe über. Dem Antrage des Abgeordneten Dunder könne er und seine Freunde nicht beitreten. Denn der Unterschied zwischen Ober- und Unterbeamten ist ein zu großer. Ich wünsche, daß mit den Gehältern aller Beamten in der Weise eine Erhöhung vorgenommen würde, als das soziale und wirtschaftliche wie wissenschaftliche Verhältnis es notwendig macht.

Abg. Hohden verteidigt den Antrag des Ab. Dunder; man muß für diesen Antrag stimmen, wenn man die Heeresreorganisation aufrecht erhalten will, um den gedienten Unteroffizieren, welche später in die Kategorie der Unterbeamten treten, eine ausreichende Zukunft zu sichern. — Abg. v. Vinde (Hagen) verteidigt die Regierungsvorlage, weil er sie den finanziellen Verhältnissen des Staats und dem Bedürfnis der Beamten für entsprechend erklärt. — Abg. Dr. Waldeck: Ich wünsche, daß jeder seinen Verhältnissen, Bedürfnissen und gerechtfertigten Ansprüchen gemäß besoldet wird. Aber ich meine die höheren Stellen, gleichviel, was sie repräsentieren, können und müssen warten, bis erst die geringeren Kategorien, wo es ein wahres Bedürfnis ist, im Gehalt verbessert sind. — Regierungs-Kommissar Müller: Es ist auch in dem Etat grade die Kategorie der Kanzleibeamten des Obertribunals, welche der Herr Vorredner hervorhob, mit Gehaltserhöhungen bedacht worden. Ein Antrag auf Schluß der Diskussion ist eingegangen und wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. v. Vinde, Cassell, v. Bodelschwingh, Dr. Waldeck, v. Vinde (Hagen), Dunder. Dann tritt das Haus in die Abstimmung. Es ist ein Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag Dunder eingegangen, welchem Folge gegeben wird. Bei derselben wird der Antrag des Abg. Dunder mit 156 gegen 147 Stimmen angenommen; 9 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung. Die übrigen Positionen des Etats des Finanzministeriums werden ohne Weiteres genehmigt. Es folgt der Etat des Handelsministeriums. Abg. Schmidt (Randow) regt zu Position 13 die Ober-Regulierungsfrage an, worauf Regierungs-Kommissar Maclean erwidert, daß es in der Absicht der Regierung liegt, die Regulierung der Oder und Weichsel in die Hand zu nehmen. Graf Bethusy-Sunc hierbei Veranlassung, seinen zu Lit. 14 gestellten Antrag durch den Präsidenten zur Debatte stellen zu lassen, welcher darauf hinget, zu beschließen, die Königl. Staatsregierung aufzufordern, dem nächsten Landtage einen Plan zur Regulierung der Oder nebst Kosten-Anschlag vorzulegen und die nach demselben auf das Jahr 1868 fallende Kostenquote in den Etat für dieses Jahr auszubringen. Der Antragsteller bekräftigt diesen Antrag.

Abg. Schmidt (Randow): Die Friedens-Adressen hatten ihre volle Berechtigung vor dem Kriege; als aber der Krieg eingetreten war, hat der Vorredner sonst in Betreff der Oder-Regulierung gemacht, sind allerdings vollständig gerechtfertigt; überhaupt bleibt auf diesem Gebiete noch sehr viel bei uns zu thun übrig. — Abg. v. Vinde (Hagen) spricht gegen die vorliegenden Anträge, da andere Flüsse, wie die Weiser, nicht weniger vernachlässigt wären. — Handelsminister Graf Heynrich: Der Nordsee-Kanal ist vollständig veranlagt, und man ist schon in Verathung darüber getreten, wie die dazu erforderlichen Mittel, einige 30 Millionen, beschafft werden sollen; ebenso ist der Rhein-Weiser-Kanal, sowie der Weiser-Elbe-Kanal schon veranlagt, und alle Projekte unterliegen einer genauen Prüfung. Ich verweise hierbei gleiches Sorgfalt auf alle Provinzen und werde auch die Angelegenheiten der Oder nicht aus dem Auge verlieren. Die Angelegenheiten über die Frage, wie dem Wassermangel derselben abzuhelfen ist, sind aber sehr verschieden; so weit ich es jetzt beurtheilen kann, ist eine Einigung und Konzentration des Stromes hauptsächlich erforderlich, und hierauf sind schon seit zehn Jahren bedeutende Summen verwandt worden. Das will ich nur noch bemerken, daß, soweit es die gerechte Vertheilung der hierfür

disponiblen Fonds auf die einzelnen Provinzen zuläßt, ich der Oder und der Provinz Schlesien meine besondere Aufmerksamkeit zuwenden werde. (Bravo rechts.) Der Antrag auf Schluß wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen. — Abg. Jung vertheidigt sich gegen den Ausdruck „winzelnde Friedens-Adressen“. — Abg. v. Kardorff zieht in seinem und des Grafen Bethusy-Sunc Namen ihren Antrag zurück und schließt sich dem des Herrn Jähwig an. — Regierungs-Kommissar Maclean erklärt, diesen letzteren nicht für ausführbar, welche Forderung einen Antrag auf Wiedereröffnung der Debatte herbeiführt. — Es folgen persönliche Bemerkungen. — Abg. Dr. Bethusy-Sunc: Wenn sich Hr. Jung den Ruhm vindicirt, die Friedens-Adressen veranlaßt zu haben, so wird Niemand deshalb mit ihm konkurriren. Meine Bemerkung war ganz allgemein und griff Niemand persönlich an. — Abg. Jung: Ich appellire an das Haus, ob es nicht eine Provocation war, wenn der Graf Bethusy-Sunc den Ausdruck „winzelnd“ gebrauchte, da er doch wußte, daß im Hause Mitglieder sind, welche die Friedens-Adressen veranlaßt haben und zwar aus ernsthaften prinzipiellen Gründen, nicht aus Kriegsfurcht. — Abg. Graf Bethusy-Sunc: Für die Adressen habe ich mein Vertheidigung gebrauchte, das ich zurückziehen keine Veranlassung habe. Ob Mitglieder des Hauses an ihrer Abfassung theilhaben, geht mich nichts an. — Sämtliche Titel bis 22 so wie die außerordentlichen Ausgaben werden genehmigt. — Schluß 3 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. (Tagesordnung: Etat des Ministeriums der Justiz und des Innern.) Für die Tagesordnung der Sonnabend-Sitzung schlägt der Präsident den Gesetz-Entwurf, betreffend die Einverleibung der Herzogthümer, vor und will einer Anregung des Herrn v. Vinde gemäß dies von der möglichen Anwesenheit des Minister-Präsidenten abhängig machen.

— Der Abg. Laßwitz hat, der „Stb.-Z.“ zufolge, folgenden Antrag eingebracht: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die Königl. Staatsregierung aufzufordern, die Regulierung der Oder einheitlich und rasch betreiben zu lassen, und dem Landtage schleunigst, spätestens aber in der nächsten Session eine Vorlage zu machen, über die zweckmäßigste Weise, in welcher die Oder in kürzester Frist vollständig schiffbar gemacht werden kann, welche Mittel dazu erforderlich sind und diese im nächsten Staatshaushalts-Etat in Antrag zu bringen. Motive: die gesetzliche Verpflichtung des Staats für die Schiffbarkeit der öffentlichen Ströme zu sorgen und das immer dringender werdende Bedürfnis einer durchweg schiffbaren Wasserstraße, namentlich in Schlesien.

**Königsberg, 26. November.** Durch die Exekutions- und Circumscriptions-Urtheile vom 22. Juni 1866, bestätigt durch Kabinetts-Ordre vom 17. September 1866, hat der Bischof von Ermeland die bisherige Seelsorge-Station zu Dr. Holland zu einer katholischen Pfarodie erhoben und zu derselben sämtliche Katholiken in 116 Ortschaften des Pr.-Hollandschen und in 8 Ortschaften des Mohrungenschen Kreises eingepfarrt. Der Katholicismus breitet sich in früher rein evangelischen Bezirken unserer Provinz still und geräuschlos, aber mit Erfolg aus. Außer den schon älteren Gemeinden in Memel, Schillgallen (Kr. Heydekrug) und Tilsit sind in den letzten beiden Decennien folgende katholische Pfarreien entstanden: Zibben (Kr. Heydekrug), Baischkehmen (Kr. Stallupönen), Merggradowa, Lyck, Sensburg, Liebenberg (Kr. Ortelsburg), Mühlhausen (Kr. Pr.-Holland), Soltan, Osterode, Marienwerder und Pr.-Holland.

**Osterode (am Harz), 24. November.** Gestern ist ein Schreiben des Staatsministeriums zu Berlin hier eingetroffen, dem zufolge der Bau einer Bahn-Nordhausen-Herzberg-Osterode endgültig feststeht und allernächstens begonnen werden soll.

**Koblenz, 24. November.** Die Landräthe des hiesigen Regierungsbezirks sind seit einigen Jahren übereingekommen, unter Vorsitz des Regierungspräsidenten jährlich einmal zu einer Konferenz an jedesmal wechselnden Kreislorten sich zu versammeln, um durch Austausch der Erfahrungen eine bessere Einsicht in die Verhältnisse der Verwaltung des preussischen, bez. deutschen Vaterlandes zu erlangen, als dies sonst dem einzelnen Verwaltungsbeamten des Kreises möglich ist. Es schließen sich an diese Versammlungen auch die nöthigen Exkursionen zur Besichtigung der Verhältnisse. Durch die Kriegereignisse sind in jüngster Zeit die diesjährigen Zusammenkünfte verzögert worden; doch findet auf Anlaß des Landraths v. Dietz (als jetziger Civil-Kommissar für das ehemalige Herzogthum Nassau fungierend) gestern und heute in Wiesbaden die regelmäßige Versammlung der Landräthe der Umgebung, unter dem Vorsitz des Regierungs-Präsidenten aus Koblenz statt.

**Hannover, 27. November.** Mit Bezugnahme auf die schon gemeldete Thatsache, daß sich unter den von der ehemaligen hannoverschen Regierung vor dem Einmarsch der Preußen nach London entführten Geldern auch eine Summe von Werthpapieren befindet, welche von Berliner Bankiers bei der hiesigen General-Kasse gegen Empfangnahme eines Darlehns deponirt worden war, und deren Rückgabe jetzt von den Betreffenden gegen Rückzahlung des Darlehns gefordert worden war, hat das General-Gouvernement unter Verfüzung eines Verzeichnisses der genannten Papiere eine Bekanntmachung erlassen, welche das Publikum vor Ankauf derselben warnt. Diese Werthpapiere belaufen sich insgesammt auf 23,650 Thlr. Gold, 2,328,450 Thlr. Courant, 89,500 Gulden Oesterreichisch, 39,353 Livres Sterling, 72,000 Francs, 42,600 Rubel, 68,500 Mark Banco, 1000 Gulden Holländisch, 19,000 Dollars.

**Murich, 26. November.** Die zur Ausrüstung der hiesigen Kaserne erforderlichen Gegenstände sind jetzt hier angelangt, so daß wahrscheinlich bald mit Kasernierung eines Theils des hier liegenden Füsiliere-Bataillons vorgegangen werden. Uebrigens herrscht hier zwischen der Bürgerschaft und dem Militär bislang das beste Einvernehmen; das durchweg anständige und zugleich anspruchslose Auftreten der Mannschaft ist ganz geeignet, ihr Freunde zu erwerben.

**Kassel, 26. November.** Der Geh. Regierungs-Rath v. Wolf aus dem Königl. Ministerium, dem bekanntlich die Aufgabe zugesallen ist, durch Rücksprache mit den Oberbehörden der neuen Landestheile die Grundlagen für die Eintheilung derselben in Verwaltungsbezirke und für die definitive Organisation der Behörden zu gewinnen, befindet sich seit gestern hier; dergleichen hält sich der Königl. Hofmarschalls-Beamte, Geh. Hofrath Dohme seit einigen Tagen hier auf und unterwirft die Räumlichkeiten der Schlösser einer sorgfältigen Prüfung.



**Frankfurt a. M., 27. November.** Jetzt regt man sich hier auch in Bezug auf die Reichstagswahl. Der Rest der ehemaligen Nationalvereiner, der allerdings in neuerer Zeit sehr zusammengeschmolzen ist, scheint die Agitation in die Hand nehmen und für einen Körper dieser Farbe wirken zu wollen. Dagegen giebt es eine viel stärkere Partei, die sich den Baron Mayer Carl v. Rothschild zum Kandidaten ausersehen hat. Auch von einer Agitation zur unverweilten Einführung der preussischen Städte-Ordnung hört man reden, und diese soll gegen die Lebenslänglichkeit des Senats und gegen die Ernennung des Ober-Bürgermeisters ohne die Mitwirkung der Bürger gerichtet sein. — Ein höherer preussischer Beamter weilt hier, der in Betreff der Anlage eines Central-Bahnhofes Erhebungen sammelt. Ein solcher Central-Bahnhof gehörte auch zu unseren früheren Bauprojekten, wurde aber später fallen gelassen, weil sich keine geeignete Lokalität fand. Jetzt, wo die ganze Umgegend preussisch geworden ist, ist das freilich etwas Anderes. — Die „Neue Deutsche Zeitung“ und die „Neue Frankfurter Zeitung“ verbinden sich von Neuem an zu einer Zeitung. Das heißt mit anderen Worten: Die „Neue Deutsche“ in Stuttgart geht ein aus Mangel an Absatz und ihre Kräfte werden für die „Neue Frankfurter“ konzentriert.

**Dresden, 27. November.** Der Bericht der ersten Deputation der Zweiten Kammer auf das königliche Dekret vom 15. November 1866, den zwischen dem Königreich Sachsen und Preußen abgeschlossenen Friedensvertrag betreffend, ist heute ausgegeben worden. Die Deputation empfiehlt der Kammer, die sächsische Zustimmung zu dem Friedensvertrage zu geben, die Staatsregierung zur Ausführung der in demselben enthaltenen Bestimmungen zu ermächtigen und die Anwendung des Expropriationsgesetzes auf die im Artikel 13 des Friedensvertrages erwähnte Eisenbahn zu genehmigen.

#### Ausland.

**Wien, 26. November.** Die Agitation unter den slavischen Bevölkerungen regt sich gewaltig und hat gestern in Agram zu Szenen geführt, welche sehr deutlich beweisen, daß selbst mit dem Zustandekommen des Ausgleichs mit Ungarn noch nicht die halbe Arbeit gethan sei. Man hat in der Hauptstadt Kroatiens eine Erinnerungsfeyer zu Ehren des Nationalhelden Niklas Krin, des von Körner in der gleichnamigen Tragödie Gefeierten, abgehalten, die sich zu einem förmlichen Slavenkongress gestaltet hat, nachdem Serben, Slovaken, Ruthenen, Tschechen, Russen u. als Gäste anwesend waren. Begreiflicher Weise wurde bankettirt und toastirt, was aber gesprochen wurde, athmete so glühenden Haß gegen Ungarn und die Wiener Herren, welche Kroatien an Ungarn verkaufen wollen, daß dem untheilhabigen Zuschauer seltsame Gedanken aufsteigen mußten. Eine Revolution in den türkisch-slavischen Provinzen würde unfehlbar auch in Kroatien einen Ausbruch nach sich ziehen und, ehe man sich versieht, könnten Serbien, Bosnien, die Herzegowina und Kroato-Slavonien zu einem sehr respektablen südslavischen Reiche zusammentreten. Ein Krieg in jenen Landestheilen wäre, der Terrainsverhältnisse wegen, beinahe eben so schwierig wie in Montenegro. Stille, aber fortwährende Fortschritte macht auch die Agitation unter den Ruthenen in Galizien. Die ruthenischen Abgeordneten im Landtage zu Lemberg enthalten sich jeder Theilnahme an den Arbeiten und die Sprache der ruthenischen Blätter wird mit jedem Tage gereizter. Anlaß hierzu finden sie reichlich in dem suffisanten Auftreten der Polen, welche jetzt zur wirksameren Ausbreitung der polnischen Propaganda einen Verein „liga polska“ zu bilden beabsichtigen. Lange wird dieses Treiben nicht ohne traurige Konsequenzen bleiben können.

**Paris, 28. November.** Der französisch-österreich Handelsvertrag soll seinem Abschluß ganz nahe sein, wie man der „France“ aus Wien schreibt. Die letzten kleinen Schwierigkeiten würden in wenigen Tagen beseitigt sein, und glaubt die „France“, Nachrichten gemäß, die aus guter Quelle geschöpft sind, melden zu können, daß der Vertrag noch vor Ende des Jahres in Kraft treten werde.

**London, 23. November.** „In dem Maße — bemerkt der „Herald“ — als der Zeitpunkt zur Ausführung der September-Konvention näher rückt, steigert sich die Aengstlichkeit der italienischen und französischen Regierung im Gegensatz zur wachsenden Zuversicht des Papstes. . . Der Papst hat einen Trumpf auszuspielen, und das ist die Flucht aus Rom. . . Die Regierungen katholischer Länder und jener protestantischen Staaten, die eine zahlreiche katholische Bevölkerung haben, werden die Abwesenheit des Papstes von Rom sehr bedenklich finden und eine Gelegenheit suchen, ihn im Triumph nach Rom zurückzuführen, was für die italienische Monarchie ein fast nicht zu verwindender Schlag sein würde. Frankreich und Italien werden daher ihr Möglichstes thun, um den Papst in Rom zurückzuhalten, und wir wollen hoffen, im Interesse des europäischen Friedens und Fortschritts, daß es ihnen gelingen möge. So lange der Papst in Rom willt, ist eine Ausöhnung der einen oder andern Art mit Italien immer noch ein Ding der Möglichkeit.“

Der der Stadt Wolverhampton in Staffordshire zur Besichtigung des dortigen Albert-Denkmales zugeordnete königliche Besuch bringt die Einwohner in nicht geringe Aufregung. Die Königin hat die Absicht ausgesprochen, einen feierlichen Einzug zu halten, damit möglichst viele ihrer getreuen Unterthanen Gelegenheit haben, sie zu sehen. Der Enthusiasmus der Bevölkerung ist groß und umfassende Anstalten zu den Empfangsfeierlichkeiten und der Illumination werden getroffen. In der Nähe der Statue werden Sitze für 3200 Personen eingerichtet und öffentliche Lustbarkeiten vorbereitet, um den Tag zu einem Volksfeste zu machen. Prinz und Prinzessin Christian, Prinzessin Louise, so wie der Premier, Minister des Innern werden im Gefolge der Königin sein.

**Florenz, 21. November.** Die römische Frage beschäftigt unsere politische Welt mehr als je, und wiewohl es heißt, daß General Fleury die Mission habe, den König von Italien zu becomplimentiren, so glaubt doch Niemand daran, und man legt seiner Sendung einen sehr prononzierten politischen Charakter bei. Unsere Regierung, welche wohl im Stande sein dürfte, die Politik der Tullien zu kennen, ist keineswegs erzürnt über den Besuch des Ober-Stallmeisters des Kaisers, und glaubt vielmehr, daß die Mission die Bande, welche die beiden Regierungen aneinanderknüpfen, durch die römische Frage noch befestigen werde. Da aber der Kaiser durch sein früheres Verhalten engagirt ist, zur Aufrechterhaltung der politischen Autorität des Papstes seine äußersten An-

strengungen zu machen, und daher hauptsächlich den Ausbruch einer republikanischen Bewegung fürchtet, scheint er sehr bestimmte Garantien von unserer Regierung bezüglich jedes Unternehmens gegen den Papst fordern zu wollen. Uebrigens ist der Baron Ricasoli den Forderungen, welche General Fleury stellen könnte, schon durch die Erklärung zuvorgekommen, welche durch das mehrerwähnte Rundschreiben den Präfecten und gleichzeitig unsern diplomatischen Agenten mitgetheilt worden ist. Die Stelle, welche die vorgedachte Erklärung in sich faßt, lautet: „Seiner selbst gewiß, kann Italien fortan die günstige Gelegenheit abwarten, um das zu erlangen, was ihm noch fehlt, und während dieser Zeit mit Ruhe im Innern umschauen, um Fürsorge zu treffen. Allerdings bleibt noch eine Frage zu lösen: die römische nämlich; nach dem Vertrage jedoch, durch den der politische Theil derselben geordnet wird, kann und darf die römische Frage in Zukunft keinen Grund zu Agitationen hergeben. Die Souveränität des römischen Pontifex ist durch den September-Vertrag vom Jahre 1864 auf die Bedingung aller übrigen Souveränitäten hingewiesen worden: sie soll auf sich selbst angewiesen bleiben und die Mittel für ihre Erhaltung und Dauer in sich allein finden. Italien hat Frankreich und Europa die Zusage ertheilt, sich nicht zwischen Pöpsen und Römern einzumischen und diesen letzten Versuch über die Lebensfähigkeit eines Kirchengrundsichs sich vollziehen zu lassen, das in der civilisirten Welt nunmehr ohne Beispiel und im Widerspruch mit dem vollenbrachten Fortschritt ist. Italien muß sein Versprechen aufrecht erhalten und von der Wirksamkeit des Nationalprinzips erwarten, daß dieses den unfehlbaren Triumph seiner Rechte herbeiführe. Demnach muß jede Agitation, welche die römische Frage zum Vorwande nehmen wollte, widerriethen, getadelt, verhindert und niedergehalten werden, gleichviel, welchen Charakter sie zeigt; denn es darf kein Grund zu dem Verdachte geboten werden, als stehe Italien im Begriffe, in irgend einer Weise dem gegebenen Versprechen untreu zu werden, um es dahin zu bringen, daß es dasselbe verlegt, weil ihm auf diese oder jene Art ein Präjudiz geschaffen oder ihm ein schwerer Schaden bereitet würde. Wohl weiß ich, daß die doppelte Eigenschaft des Pontifex manchen Leuten einen Grund an die Hand giebt, um die politische und die religiöse Frage durch einander zu mengen und ängstliche Gewissen mit dem Zweifel zu beunruhigen, als wolle die italienische Regierung die Unabhängigkeit des geistlichen Hauptes des Katholizismus beschränken und die Freiheit der Kirche verletzen. Aber Sie dürfen, falls es nöthig erscheinen sollte, derlei Besorgnisse heben. Die legislativen Maßnahmen, die wiederholt ertheilten Erklärungen der königl. Regierung, so wie ihre Beschlüsse, selbst die neuesten, liefern den schlagendsten Beweis, daß sie in religiösen Angelegenheiten kein anderes Recht kennt und keine andere Regel gestattet, als die der Freiheit und des Gesetzes, und daß sie in den Dienern des Kultus weder Privilegien noch Märtyrer haben will. Die Instruktionen des General Fleury sind, wie gesagt, noch unbekannt; aber es scheint mir, daß er nicht mehr fordern kann als das, was der Baron Ricasoli versprochen hat, d. h. bereit zu sein, jede Agitation gegen Rom, woher sie auch kommen möge, mit Energie zurückzuweisen. Uebrigens ist, wie bereits mitgetheilt, die Aufstellung größerer Truppenmassen an den Grenzen des Kirchenstaates angeordnet worden; das sogenannte National-Comité hat bestimmte Weisung bekommen, sich ruhig zu verhalten und kein Unternehmen zu wagen, da dasselbe sofort durch die italienische Regierung unterdrückt werden würde. Man hat selbst die Veranstaltung eines Plebisit als eine Verletzung der Konvention bezeichnet. Aber, wenn diese Dämme den Strom auch für einige Zeit aufhalten können, so wird dennoch das Ueberfluthen des Wassers die Dämme fortreißen. Sofern die Lösung der römischen Frage jetzt nicht eine definitive ist, fürchtet Jedermann, daß die Agitation, die man zu vermeiden strebt, fortgesetzt, und die im Circularschreiben des Herrn Ricasoli erwähnten Gefahren zur Wirklichkeit werden könnten.“

#### Pommern.

**Stettin, 28. November.** (Monats-Versammlung des Stettiner Zweig-Vereins der pommerschen ökonomischen Gesellschaft am 28. November.) Wegen Behinderung des Herrn Baron Trübschler v. Falkenstein übernahm Herr G. A. Töpfer den Vorsitz. Bei den geschäftlichen Mittheilungen kam die Kanalisirung Stettins und die Abfuhr des städtischen, für die Landwirtschaft so werthvollen Düngers wieder zur Sprache und war man mit dem Antrage des Herrn Gräber, diese Angelegenheit in der nächsten General-Versammlung gründlich zu erörtern, einverstanden. Die bereits zu diesem Zwecke beauftragte Kommission soll demnächst diese wichtige Sache bei dem polytechnischen Verein wieder anregen, um möglichst einen praktischen Beschluß darüber herbeizuführen. — Von dem beim Hauptverein in Cöslin angeregten Fragen kamen folgende zur Besprechung: 1) Welche Sorten von Grünfütter und in welcher Reihenfolge sind zu empfehlen, um sich vom Mai ab den ganzen Sommer damit versehen zu können? Von einer Seite wurde geantwortet: Zuerst Rapps und Rüben im Gemenge mit Klee, dann Luzerne, Dicksäfer, Klee, im Herbst Mais und zuletzt Seraballa. Von anderer Seite wurde auf die vorzüglichen Erfolge, welche durch Johannis-Roggen erzielt worden, aufmerksam gemacht. — 2) Wie ist unserer Pferdezeit mit Rücksicht auf die Wechselfähigkeit des Landes aufzuheben? Nachdem konstatiert, daß die Militär-Kommissionen bei der letzten Mobilmachung überall Bercherson-Pferde als unbrauchbar zu Militärzwecken gehalten und daß sich während des letzten Krieges besonders die Blutpferde bewährt haben, war man allgemein der Ansicht, daß bei der Pferdezeit die Interessen der Landwirtschaft und des Militärs so weit auseinanderliegen, daß sie sich nicht vereinigen lassen. — 3) Welche neueren landwirtschaftlichen Maschinen und Geräthe sind besonders zu empfehlen? Durch Herrn Ahrens, Firma Schütt u. Ahrens, wurde dann eine Lokomobile mit Dreschmaschine aus der Fabrik von Brown und May am fohlen und durch Herrn Schmitz bestätigt, daß dieselbe beim Gebrauche vorzügliche Resultate gewähre, indem dieselbe täglich 6 Wispel Weizen ausdresche. Von anderer Seite wurde aber darauf aufmerksam gemacht, daß die Maschinen-Mängel Feuer-Versicherungs-Gesellschaft das Heizen dieser Maschine nur mit Steinkohlen gestatte, bei einer Heizung mit Torf u. aber jede Garantie für Feuer-schaden verweigere, was von dem anwesenden Vertreter dieser Gesellschaft bestätigt wurde. Außerdem empfahl Hr. Ahrens Fiedel- und Mähmaschinen. Hr. Töpfer und Hr. Gräber machten auf die außerordentlichen Resultate, welche in England durch die Benutzung derartiger Maschinen für die Landwirtschaft erzielt werden, aufmerksam und empfehlen deren allgemeine Anwendung auch für unsere Landwirtschaft. — 4) Welche Resultate liegen in Betreff der diesjährigen Kartoffel-Ernte vor? Im Allgemeinen hat die rothe Kartoffel auf leichtem Boden einen reichlichen Ertrag gewährt, während die weiße Kartoffel krank gewesen und schnell gefault ist. Hr. Töpfer hat durch verschiedene Düngungen folgende Resultate erzielt: Auf eine Quadratruthe bei Düngung mit Guano auf Lehmboden 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Megen, auf Sandboden 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Megen, bei Kuhdünger resp. 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> und 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, bei Braunkohlensafte 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> und 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, bei Superphosphat 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> und 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, bei Asche auf Neuland 6, bei Knochenmehl 7 und 6, bei Pferdeabfällen 5 und 4 und bei Pferde-, gemischt mit Kuhdung 6 und 5 Megen. Schließlich war man darüber einig, daß die diesjährige Kartoffel-Ernte über einer Durchschnitts-Ernte gewesen. — Die übrigen auf der Tagesordnung stehenden Fragen konnten wegen der vorgeschrittenen Zeit nicht mehr besprochen werden.

**Stettin, 29. November.** Der Schneidermeister Jänke in Grabow, kaufte am 22. d. Mts. von dem am Freiladen liegenden Rahnschiffer Th. aus Gollnow 1000 Stück Torf zum Preise von 2 Thlr. 5 Sgr. Th. und sein Knecht B. zählten denselben und erklärten dann sehr bald: das Tausend ist voll. Da dies der Abnehmer und die Fuhrmannsrau bezweifelte, so wurde der Torf in Gegenwart mehrerer Zeugen nachgezählt und ermittelt, daß Th. statt 1000 nur höchstens 600 Torf ausgeliefert hatte. Er behauptet nun zwar, sich geteilt zu haben, indessen sollen derartige Differenzen bei ihm sehr häufig vorkommen.

Der ehemalige Hülsaufseher, jetzige Arbeitsmann Krenzlin, borgte sich am 19. d. Mts. von der Ehefrau des Arbeiters G. zu Bredow den Rock ihres Mannes unter dem Vorgeben, sich darin bei dem Baron von Puttkammer um Arbeit zu bewerben und versprach, den Rock dann sofort zurückzubringen. Dies ist bisher aber nicht geschehen, vielmehr soll R. den Rock verkauft haben und scheint er sich seitdem obdachlos umherzutreiben, da er sich nicht mehr in seiner Wohnung in Grabow hat sehen lassen.

Im hiesigen Stadttheater kommt Morgen, Freitag, den 20. November 1866 zur Aufführung: Vorlesung Casspiel der Großherzoglich medlenburg. Hoftheaterspielerin Frau Bethge-Truhn: „Der Widerspenstigen Zähmung“. Lustspiel in 4 Akten von Shakespeare.

#### Konzert.

© Stettin, 29. November. Unwohlsein verhinderte uns zu unserem Bedauern, dem gestern stattgehabten ersten Konzerte des Herrn C. Koschaly in Person beizuwohnen. Wir erinnern uns noch mit großem Vergnügen der gleichen Konzerte aus früheren Zeiten her und glauben daher gern unserm Herrn Referenten, der uns berichtet, daß jede einzelne Nummer des inhaltreichen Programmes (Duverture — Nachklänge von Offen — von Gade, Einleitung zur Oper Lohengrin von Wagner, — Zwei Impromptus von R. Schumann, — Duverture — Meeresstille und glückliche Fahrt — von Mendelssohn und — Dritte Symphonie (eroica) von Beethoven) mit gewohnter Präzision und einer den Herrn Dirigenten und sein reiches Kunstverständnis ehrenden Weise exekutirt worden ist. Am wenigsten sollen die Schumann'schen Impromptus gefallen haben. Alles Andere wurde mit Beifall ausgenommen, insonderheit die Symphonie Beethovens. Der Saal war leider nur zur Hälfte gefüllt; das Publikum weitaus überwiegend aus Damen bestehend. Wünschen wir dem verdienstvollen Herrn Dirigenten für die Zukunft eine regere und ausgebreitete Theilnahme von Seiten des Publikums!

#### Neueste Nachrichten.

**Deffau, 28. November, Abends 9 Uhr.** Der König von Preußen ist in Begleitung des Kronprinzen und der Prinzen Karl, Albrecht, Vater und Sohn, sowie der Prinzess Friedrich Karl Abends 8 Uhr hier eingetroffen und von dem Erbprinzen von Anhalt, General-Lieutenant v. Stodmar, Baron v. Salder und anderen höheren Hofbeamten auf dem Bahnhofe empfangen worden.

**Dresden, 28. November.** Die Abgeordnetenkammer genehmigte in ihrer heutigen Sitzung einstimmig den Friedensvertrag.

**Dresden, 28. November, Nachm.** Das „Dresdener Journal“ veröffentlicht eine Ministerialverordnung, welche die unverzügliche Aufstellung der Wahllisten zum Reichstage des norddeutschen Bundes anordnet.

**Wien, 28. November.** Der niederösterreichische Landtag hat in heutiger Sitzung die Adresse bei namentlicher Abstimmung mit 44 gegen 8 Stimmen angenommen. Der Regierungsvertreter hielt die in der Adresse enthaltenen Darlegungen den Thatsachen nicht vollkommen entsprechend und erklärte, daß im Ministerium keine Spaltungen beständen und daß die Berufung des Reichsraths mit dem Abbruch der Verhandlungen mit Ungarn gleichbedeutend sein würde.

**Madrid, 27. November.** Die „Epoca“ versichert, daß die Königin Isabella am ersten Dezember nach Lissabon reisen und am achten nach Madrid zurückkehren werde. Marschall Narvaez wird die Königin begleiten.

#### Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

**Berlin, 29. November.** Der Unfall des Finanzministers Freih. v. d. Heydt, wovon der Minister des Innern gestern im Abgeordnetenhaus sprach, ist ohne Bedeutung, und durch Applikation von Schröpfköpfen bereits beseitigt.

#### Schiffsberichte.

**Swinemünde, 28. November, Nachmittags.** Angeworfene Schiffe: Carl Albert, Rundschiff; Herman, Ruge von Danzig. Heinrich, Johansen von Winbau. Stolper Padet, Zieple; Alice, Scharping; Adelheid, Herfonsky; Maria, Schröder von Stolpmünde. Circa 12 Schiffe in Sicht ostwärts ankommend.

#### Börsen-Berichte.

**Stettin, 29. November.** Witterung: starker Nebel. Temperatur: + 1° R. Wind NO.

#### An der Börse.

Weizen niedriger, loco pr. 85 Pfd. gelber 76—82<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. bez., 83 bis 85 Pfd. gelber November 83<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 83, 82<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. bez., November-Dezember 81<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. bez., Frühjahr 83<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 1/2 R. bez. u. Ob. Roggen niedriger, pr. 2000 Pfd. loco 54—56 R. bez., November 55<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 55 R. bez., November-Dezember 54<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 1/2 R. bez., 54<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. bez., 54 R. Ob., Frühjahr 53<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 53 R. bez. Gerste loco pr. 70 Pfd. märz. und Oberbruch 48—49 R. bez., 69—70 Pfd. schlef. Frühjahr 48<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. Ob. Hafer loco pr. 50 Pfd. 28<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—29 R. bez., 47—50 Pfd. Frühjahr 29<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. Ob. Erbsen 54—60 R. bez. Rüböl wenig verändert, loco 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. Br., November 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. Br., 1/2 Ob., November-Dezember 12 R. Ob., April-Mai 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> R. Br. Spiritus höher bezahlt, loco ohne Faß 16<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 1/2 R. bez., November 16<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 1/2 R. bez., 1/2 Ob., 1/2 R. Br. u. Ob. Angemeldet: 100 Wisp. Weizen, 200 Wisp. Roggen.